

Ende der Demokratie

Die Gefahr einer offenen Diktatur des Finanzkapitals in der EU ist höchst aktuell. Wenn man die Absage der Volksabstimmung in Griechenland nüchtern betrachtet, ist keine andere Schlussfolgerung möglich. Nur einen Tag später wurde Italien unter Kuratel des Internationalen Währungsfonds gestellt.

Weil die Herrschenden eine Gefahr für ihre Profite gesehen haben, wird die Regierung eines Mitgliedstaates ausgehebelt und durch eine noch willfährigere ersetzt. Und zwar durch ein von niemandem gewähltes und in keinem einzigen EU-Vertrag vorgesehenes Gremium, durch die „Frankfurter Runde“. Diese ist nach der

Gruppe benannt, die sich im Vorfeld des jüngsten EU-Gipfels in Frankfurt getroffen hat, und besteht aus Merkel, Sarkozy, Barroso, van Rompuy und der Chefin des IWF, Lagarde.

Mit Druck und Erpressung haben diese EU-Führer/innen den Regierungschef eines in der Theorie gleichberechtigten Mitgliedsstaates, den griechischen Ministerpräsidenten Papandreou, gedemütigt und zum Abschluss freigegeben. Sie sind für diese Funktion von niemandem gewählt worden, sie handeln aber im Auftrag der mächtigsten Kapitalgruppen in der EU. Ihre Macht wurde ihnen nicht von der Bevölkerung, sondern – um nur ein Beispiel zu nennen – von der deutschen

Bank gegeben. Zwei mächtige Regierungschefs der Eurozone haben alle anderen EU-Staaten vor vollendete Tatsachen gestellt. Faymann und Fekter können nur mehr abnicken, was Merkel diktiert.

Die Vorgangsweise der faktischen EU-Spitze erinnert frappant an die letzten Tage Österreichs im Jahr 1938, als Schuschnigg zuerst am 12. Februar auf den Obersalzberg zitiert und ihm Maßnahmen diktiert wurden. Als der Bundeskanzler überraschend eine Volksabstimmung ansetzte, wurde er gestürzt – damals durch den Einmarsch der Reichswehr. Heute hat man andere Waffen.

Das Diktat der „Frankfurter Runde“ ist aber kein Zeichen der Stärke, sondern ein Aus-

druck der Krise. Anscheinend hat man entschieden, dass jetzt nur mehr ein straff organisiertes Kerneuropa in der Lage ist, den Abbau des Sozialsystems in allen Mitgliedsstaaten der EU durchzuziehen. Auf Mehrheitsmeinungen der Bevölkerung wird keine Rücksicht mehr genommen. Jetzt entsteht ein Europa des Rückschritts und der wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede. Ein Europa, das immer unsozialer und militaristischer wird, geleitet durch ein Direktorium von Großmächten, das den kleineren Mitgliedsstaaten zu reinen Kolonien macht. Man setzt darauf, die Menschen der verschiedenen Länder gegeneinander ausspielen zu können.

Franz Stephan Parteder

<http://de.mikis-theodorakis.net>

Musik für alle Streichungen im steirischen Musikschulwesen rückgängig machen!

Betroffen vom steirischen Belastungspaket sind auch die Musikschulen. Hier sind Kürzungen von sechs Millionen Euro geplant. Bisher erhielten die kommunalen steirischen Musikschulen 24 Millionen Euro jährlich, künftig sollen es nur mehr auf 18 Millionen sein.

Im Schuljahr 2011/12 bedeutet diese Kürzung eine Erhöhung der von den Musikschülern zu leistenden Kostenbeiträge.

Das ist jedoch erst der Beginn einer „Neustrukturierung“ des Musikschulwesens. Einer Neustrukturierung, die auf Kosten der Schülerinnen und Schü-

ler geht. Musikalische Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil in der Entwicklung junger Menschen. Eine individuelle musikalische Ausbildung sollte weiterhin für alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen in gleicher Weise zugänglich und auch leistbar sein!

Petition an den Landtag

Um Musikschulen, die man sich leisten kann zu sichern und die Landesregierung zu einem Kurswechsel zu veranlassen hat sich eine parteiunabhängige Initiative, getragen von steirischen Musikschülern und deren Eltern gebildet, die sich mit einer Petition an den Landtag wendet. In allen 48 kommunalen Musikschulen des Landes liegen Unterschriftenlisten auf. **Weitere Informationen unter:** www.petitiononline.com/48ms333/

Nicht einmal vor den Musikschulen macht die Politik des Kaputtsparens der Steiermark halt.

